

Segeberg / [Kreis Segeberg](#)

22:53 Uhr / 07.12.2016

Nach viel Kritik doch Zustimmung

Es hatte sich eine Menge Ärger bei Mitarbeitern des Wege-Zweckverbandes (WZV) und Bürgermeistern im Kreis Segeberg angesammelt. Viel Kritik musste WZV-Chef Jens Kretschmer einstecken und gelobte Besserung. Inhaltlich setzte er sich aber durch: Es wird eine neue Tochterfirma geben.

Von Gerrit Sponholz



Joachim Schmalz und Doreen Meister von den Personal- und Betriebsräten kritisierten die WZV-Führung. Sie informiere die Beschäftigten nicht ausreichend über die Reform. Wer Kritik oder Sorgen äußere, müsse sich vor arbeitsrechtlichen Schritten fürchten. Quelle: Gerrit Sponholz

Den Vorschlag von WZV-Chef Jens Kretschmer und Hauptausschussvorsitzender Gerd Lentföhr (Seedorf) für den Umbau des WZV 2018 billigten 60 Bürgermeister, zwölf stimmten dagegen.

Experten der Beratungsfirma PwC, deren Arbeit 300000 Euro kostete, hatten zuvor erklärt, dass die Gründung einer neuen, zweiten Tochtergesellschaft (NewCo) neben der WZV-Entsorgung (WZV-E) rechtlich und finanziell nötig sei. „So, wie es ist, kann es nicht bleiben“, betonte WZV-Justiziar Nis Nissen. Grund seien Entwicklungen im Steuer- und Vergaberecht. So würde auf Bioabfall- und Altpapiersammlung, Klärteichentschlammung,

Kanalspülung und Kanalkartierung wohl bald
Umsatzsteuer fällig.

Ohne neue Gesellschaft gäbe es höhere Personalkosten, gingen dem WZV Aufträge und Jobs verloren, sagten die PwC-Berater. Die Behauptung von Arbeitnehmern, die dies in einem anonymen Brief in Frage gestellt hatten, wiesen WZV und Berater zurück. Kretschmer betonte, der Umbau sei wirtschaftlich sinnvoll, kein Beschäftigter werde schlechtergestellt, es gebe keine Kündigungen.

Bislang beschäftigt der WZV-Betrieb 310 Mitarbeiter. 133 sind beim öffentlich-rechtlichen Teil des WZV und erhalten den öffentlichen Tarif. Sie arbeiten im Auftrag des Kreises in der Hausmüllabfuhr. Weitere 177 sind in der Tochterfirma WZV-E beschäftigt, die den niedrigeren Branchenlohn zahlt. Wegen des neuen Steuerrechts ist es für den WZV billiger, dass 72 von den 177 zum WZV wechseln, vier in der WZV-E bleiben und 101 in die NewCo wechseln. Sie soll den WZV bei seinen hoheitlichen Aufgaben unterstützen.

Joachim Schmalz und Doreen Meister aus der Arbeitnehmervertretung kritisierten die Pläne. Trotz Mitbestimmungsrecht seien sie nicht gut einbezogen worden.

Mehrere Bürgermeister appellierten an die WZV-Führung, die Beschäftigten mitzunehmen. Deren Zufriedenheit ist uns wichtig, sagte Dieter Schönfeld (Bad Segeberg). Udo Bardowicks (Traventhal) forderte den WZV zum Coaching zwischen Leitung und Betriebsrat auf. WZV-Chef Kretschmer erklärte sich „bereit zu gucken, was wir machen können.“

Peter Boyens (Weddelbrook) erinnerte die Betriebs- und Personalräte, dass der WZV viele Jobs geschaffen habe. Er verwehrte sich gegen anonyme Briefe. Joachim Schmalz entgegnete, dies geschehe aus Angst vor arbeitsrechtlichen Schritten gegen jene, die ihren Namen nennen.

Kritik an Kretschmer und Hauptausschuss gab es auch von mehreren Bürgermeistern. Rund elf Millionen Euro für den Breitbandausbau hätte der WZV aus liquiden

Mitteln genommen, zu denen auch die Rücklage für die Deponie-Nachsorge zählt. Das habe die WZV-Versammlung so nie genehmigt. Beide Projekte müssten klar getrennt werden. Die WZV-Führung entgegnete, alles sei rechtens gelaufen, in den Führungsgremien besprochen und von Kreis und Land geprüft worden. Die Müllabfuhrkunden profitierten, weil die Rücklage Zinsen bringe, und die Breitbandkunden, weil der hausinterne Kredit billiger als bei einer Bank ist. Kretschmer und Lentföhr bedauerten das Vorgehen. Die Versammlung hätte besser informiert werden sollen.

Ohne große Debatte wurde beschlossen: Die Hausmüllgebühren bleiben 2017 stabil.